

SBFI NEWS SEFR

Informationen aus dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI



September 15



Die Fondation suisse in Paris

Das «Swiss Industrie Liaison Office» ist eröffnet

Chancengleichheit an den Universitäten



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
**Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation SBFI**

Inhalt

In dieser Ausgabe

▪ Höhere Berufsbildung Neue Finanzierung stösst auf positives Echo	4
▪ Die Fondation suisse in Paris Pavillon suisse von Le Corbusier: Residenz für Studierende und Forschende und Ort des interkulturellen Austauschs	6
▪ Chancengleichheit an den Universitäten Erste Erkenntnisse aus der Umsetzung der Aktionspläne 2013-2016 liegen vor	8
▪ Informations- und Koordinationsplattform für Schweizer Unternehmen und Forschungsstätten Das «Swiss Industry Liaison Office» ist eröffnet!	11
▪ ESA Business Incubation Center Switzerland Neue Förderung von Schweizer Startups im Weltraumbereich	14

Titelbild:

Das seit 2000 bestehende Bundesprogramm Chancengleichheit an den Universitäten unterstützt in den Jahren 2013-2016 die Universitäten neu bei der Umsetzung von selber entwickelten Aktionsplänen zur Gleichstellung von Frau und Mann. Zu den Zielsetzungen zählen unter anderem die institutionelle Verankerung der Chancengleichheit, die stärkere Vertretung von Frauen im Bereich Professuren und in Kaderpositionen sowie das Auslösen eines Kultur- und Strukturwandels. Ein vom Büro BASS erstellter Zwischenbericht gibt Einblick in den Stand der Umsetzung (Beitrag auf Seite 8-10).

Bild: Prof. Dr. Stefanie Hille, Assistenzprofessorin für Energie Consumer Behavior an der Universität St. Gallen, Institut für Wirtschaft und Ökologie; © Universität St. Gallen

IMPRESSUM

Herausgeber: Staatssekretariat für Bildung,

Forschung und Innovation SBFI

Einsteinstrasse 2, 3003 Bern

info@sbfi.admin.ch

www.sbfi.admin.ch

Ausgabe: Nr. 7 2015 (7/15)

Redaktion: Dani Duttweiler, Martin Fischer

Layout: Désirée Kunze

Übersetzungen: Sprachdienst SBFI, GS-WBF und BK

Druck: BBL

Sprachen: d und f (Print), e und i (elektronisch)

ISSN 2296-3677

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser



Der grosse französische Arbeitgeberverband MEDEF (Mouvement des entreprises de France) stellt jedes Jahr anlässlich seiner Sommeruniversität ein drängendes Thema zur breiten und ergebnisoffenen Diskussion. Die Ausgabe 2015 an der renommierten École des hautes études commerciales de Paris war der «Formidable jeunesse» gewidmet, also der Jugend als Zukunftshoffnung jeder Gesellschaft und jeder Nation, ob gross oder klein. Dieses Thema, vor dem aktuell unerfreulichen wirtschaftlichen Hintergrund, betrifft natürlich auch die Frage der Bildung und Ausbildung.

So war ein Element der Veranstaltung die international vergleichende Gegenüberstellung von verschiedenen Bildungssystemen mit ihren jeweiligen Besonderheiten, Stärken und allfälligen Geheimnissen. In diesem Kontext das Schweizer Bildungssystem als Ganzes und die in ebendieses eingebettete Berufsbildung in der reinen Theorie darzustellen und zu erklären, ist relativ einfach.

Viel schwieriger dagegen fällt das Vermitteln von all dem, was es letztlich für den Erfolg dieses Systems an externer Unterstützung und Grundlage braucht. Es ist ein komplexes Zusammenspiel verschiedenster Kräfte, von allgemein politischen über wirtschaftliche bis hin zu kulturellen und gesellschaftlichen. Darüber hinaus macht vermutlich nicht unbedingt das Bildungssystem den ganz grossen Unterschied zwischen der Schweiz und Frankreich bezüglich Erwerbslosenrate und Wirtschaftserfolg aus. Es ist eher die unterschiedliche Ausgangslage in den grossen Zügen: Dort das jakobinische Dogma des alles regelnden Staats, hier der in verschiedenen Ausprägungen tradierte Geist des Ancien régime und seiner breit abgestützten Verantwortung; so zumindest nach einer etwas übertrieben vereinfachenden Gegenüberstellung, die im Bildungssystem aber durchaus ihren Anteil an Wahrheit hat.

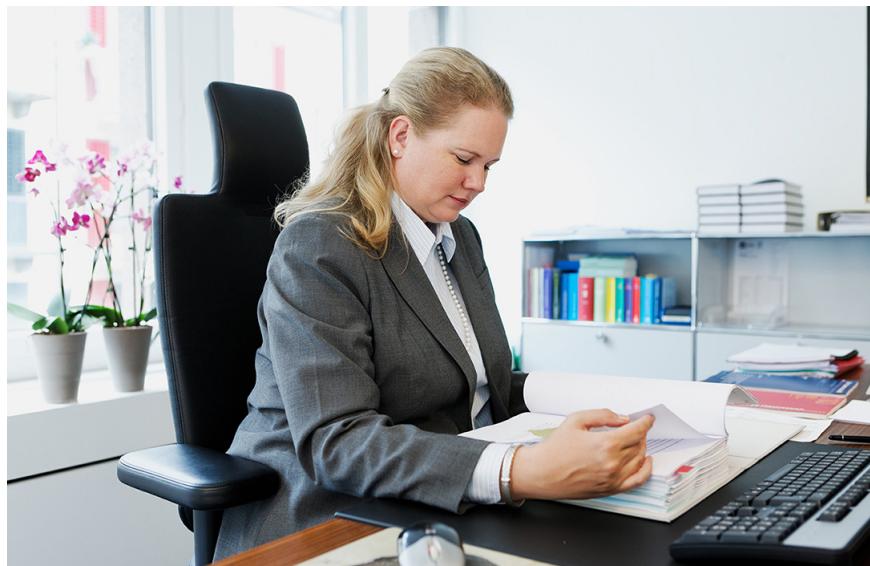
A handwritten signature in black ink, appearing to read "Mauro Dell'Ambrogio".

Mauro Dell'Ambrogio
Staatssekretär für Bildung, Forschung und Innovation

Höhere Berufsbildung

Neue Finanzierung stösst auf positives Echo

Der Bundesrat hat an Anfang September 2015 die Vernehmlassungsergebnisse zum Entwurf einer Teilrevision des Bundesgesetzes über die Berufsbildung zur Kenntnis genommen. Die geplante Einführung einer Bundesfinanzierung zugunsten von Absolventinnen und Absolventen vorbereitender Kurse auf eidgenössische Prüfungen wurde in der Vernehmlassung grossmehrheitlich begrüßt. Die Teilrevision des Gesetzes und die notwendigen Kredite werden dem Parlament im Jahr 2016 mit der BFI-Botschaft 2017-2020 unterbreitet.



Die geplante Revision der Finanzierungsbestimmungen der höheren Berufsbildung stiess grossmehrheitlich auf ein positives Echo. Das subjektorientierte Finanzierungsmodell soll unmittelbar den Absolventinnen und Absolventen der höheren Berufsbildung zu Gute kommen. Bild: Iris Krebs

Die höhere Berufsbildung bildet zusammen mit den Hochschulen die Tertiärstufe des Schweizer Bildungssystems. Sie zeichnet sich durch einen hohen Praxisbezug und eine konsequente Orientierung an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes aus. Sie umfasst die eidgenössischen Berufsprüfungen und die eidgenössischen höheren Fachprüfungen sowie die eidgenössisch anerkannten Bildungsgänge an höheren Fachschulen.

Prüfungen sind eidgenössisch geregt, nicht aber der Weg dazu

Die eidgenössischen Prüfungen stellen bildungssystematisch einen Sonderfall dar. Nicht der Weg zum Abschluss, das heisst die Ausbildung und ihre Inhalte sind definiert, sondern ausschliesslich die nachzuweisenden Berufsqualifikationen. Die jeweils zuständigen Organisationen der Arbeitswelt regeln die Zulassungsbedingungen, Lerninhalte, Qualifikationsverfahren, Ausweise und Titel in den Prüfungsordnungen. Das SBFI genehmigt die Prüfungsordnungen. Aktuell gibt es rund

220 eidgenössische Berufsprüfungen und 170 höhere Fachprüfungen.

80 bis 90 Prozent der Prüfungskandidatinnen und -kandidaten besuchen einen Vorbereitungskurs. Diese Kurse sind nicht zwingend eine Bedingung für die Zulassung zur Prüfung und nicht eidgenössisch geregelt. Die durchschnittlichen Gebühren und die Materialkosten für einen vorbereitenden Kurs auf eine Berufsprüfungen liegen bei etwa 10'000 Franken und auf eine höhere Fachprüfungen bei knapp 14'000 Franken. Hinzu kommen die Gebühren für die Prüfungsteilnahme in der Gröszenordnung von durchschnittlich 1800 Franken.

Stark verändertes Umfeld

Die heutige Regelung der höheren Berufsbildung beruht auf den Rahmenbedingungen der 1960er- und 1970er-Jahre. Sie wurde bei der Neuordnung der Berufsbildung nicht weiter thematisiert und – mit Ausnahme der Einstufung als Tertiärausbildung – 2004 unverändert in das

neue Berufsbildungsgesetz übernommen. Inzwischen haben sich die bildungssystematischen, bildungspolitischen und wirtschaftlichen Ansprüche an die höhere Berufsbildung gewandelt. Die strukturellen Veränderungen innerhalb der höheren Berufsbildung (beispielsweise die Integration der Bereiche Gesundheit, Soziales und Kunst), die Abgrenzung zur berufsorientierten Weiterbildung und zu den Fachhochschulen sowie die Internationalisierung des Bildungssystems machen Neuregulierungen unumgänglich. Zudem sind die teilweise markant höheren Studien- bzw. Kursgebühren für die Absolventinnen und Absolventen der höheren Berufsbildung von den Akteuren der Berufsbildung und von politischer Seite als Ungleichbehandlung gegenüber dem akademischen Weg verschiedentlich kritisiert worden.

Ungleiche Ellen bei der staatlichen Finanzierung

Im Vergleich zur Finanzierung des schulischen Systems auf der Tertiärstufe, dem Hochschulbereich und den höheren Fachschulen, ist die öffentliche Finanzierung im Bereich der eidgenössischen Prüfungen deutlich geringer. Insgesamt beruhen die berufsbegleitend organisierten eidgenössischen Prüfungen und die damit einhergehenden vorbereitenden Kurse finanziell auf einer höheren Beteiligung der Wirtschaft und der Absolvierenden als dies bei Ausbildungen (in der Regel in Vollzeit) im Hochschulbereich oder an höheren Fachschulen der Fall ist.

Die öffentliche Hand engagiert sich zwar finanziell bei der Durchführung und Entwicklung von eidgenössischen Prüfungen. Jedoch ist die Beteiligung der Kantone an den Bildungskosten historisch gewachsen und von Kanton zu Kanton unterschiedlich. Hinzu kommt, dass die Beteiligung der Arbeitgeber grösstenteils individuell mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vereinbart wird. So existiert heute

eine schwer zu durchschauende Finanzierungsvielfalt, innerhalb welcher einzelne Absolvierende eidgenössischer Prüfungen die gesamten Ausbildungskosten persönlich finanzieren müssen, während die Ausbildung anderer Studierender von Staat und/oder Arbeitgebern (mit-)finanziert wird. Anders bei den Bildungsgängen der höheren Fachschulen, bei denen bereits eine einheitliche Finanzierungslösung auf interkantonaler Ebene gefunden worden ist.

Finanzierung als Teil eines Massnahmenpaketes

Im Februar 2013 hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF das SBFI beauftragt, gemeinsam mit den Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt ein Strategieprojekt zur Stärkung der höheren Berufsbildung zu lancieren. Im Rahmen des Strategieprojekts wurde gemeinsam mit den Partnern der Berufsbildung ein Massnahmenpaket zur Stärkung der höheren Berufsbildung erarbeitet, welches der Bundesrat im August 2014 genehmigt hat.

Mit der vorgeschlagenen Änderung des Berufsbildungsgesetzes wird ein neues System für die Finanzierung von vorbereitenden Kursen auf eidgenössische Prüfungen angestrebt. Das subjektorientierte Finanzierungsmodell kennzeichnet sich durch folgende Eckwerte:

- Entlastung der Teilnehmenden von vorbereitenden Kursen durch direkte, vom Bund ausbezahlt Zuschüsse (subjektorientierte Finanzierung).
 - Die bisher geleisteten kantonalen Beiträge an die Anbieter der vorbereitenden Kursen fließen neu in die direkten Beiträge an die Teilnehmenden ein. Es handelt sich um ein Systemwechsel von den Kantonen zum Bund. Die Kantone behalten sich vor, aus regionalpolitischen Gründen einzelne Angebote weiterhin zu unterstützen.
 - Die freie Auswahl der Kursangebote durch die Teilnehmenden wird gewährleistet.
 - Keine unerwünschten Regulierungen der Angebote.
 - Die staatlichen Zuschüsse bemessen sich anteilig an den Kursgebühren, wobei es einen Minimal- respektive einen Maximalbeitrag der anrechenbaren Kursgebühren gibt.
- Die Beiträge werden nach Absolvierung des vorbereitenden Kurses und dem positiven Zulassungsentscheid der Prüfungskommission direkt an die Teilnehmenden ausbezahlt.
- Für die Prüfung der Beitragsberechtigung und der Höhe der anrechenbaren Kosten steht ein Einbezug bundesechter Stellen im Vordergrund, zum Beispiel der Prüfungsträgerschaften.

Grossmehrheitliche Zustimmung

Die Vernehmlassung dauerte vom 14. Januar bis am 21. April 2015. Es gingen rund 160 Stellungnahmen ein. Die Mehrheit der Teilnehmenden der Vernehmlassung begrüsste die Stossrichtung der Revision. Die Milderung der finanziellen Belastung der Studierenden, der Bedarf nach einer Bundesregelung und die direkte Ausrichtung der Beiträge an die Teilnehmenden von Vorbereitungskursen waren weitgehend unbestritten. Nur einzelne Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Vernehmlassung kritisieren grundsätzlich die Hauptfeiler der Gesetzesänderung, nämlich die direkte Auszahlung der Beiträge an die Absolvierenden und den Kompetenzwechsel von den Kantonen hin zum Bund (Artikel 56a Berufsbildungsgesetz).

Der Beitragssatz von höchstens 50 Prozent findet ebenfalls grossmehrheitlich Zustimmung. Jedoch werden teilweise Forderungen nach einer Erhöhung des Beitragssatzes sowie nach Pauschalbeiträgen geltend gemacht. Vor allem die heutige Kostenbeteiligung des Bundes von einem Viertel an den Aufwendungen der öffentlichen Hand für die Berufsbildung wird aufgrund der zusätzlichen Finanzie-

rung in Frage gestellt. Die teilnehmenden Kreise fordern die Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Gesamtkosten der Berufsbildung, um negative Auswirkungen, namentlich auf die berufliche Grundbildung, zu vermeiden.

Obwohl der Vollzug des neuen subjektorientierten Finanzierungsmodells nicht offizieller Teil dieser Vernehmlassung ist, wurden zahlreiche Rückmeldungen zu den einzelnen Modalitäten abgegeben.

Unterbreitung dem Parlament im Rahmen der BFI-Botschaft

Der Bundesrat hat das WBF beauftragt, die Gesetzesvorlage und die notwendigen Finanzbeschlüsse 2016 im Rahmen der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) 2017-2020 dem Parlament zu unterbreiten.

Daneben hat der Bundesrat auch bereits Eckwerte für die später folgende Anpassung der Berufsbildungsverordnung definiert. Diese werden zusammen mit den Rückmeldungen aus der Vernehmlassung zu Vollzugsmodalitäten in die Vorbereitung der Verordnungsanpassung einfließen.

Kontakt

Rémy Hübschi, SBFI
Leiter Abteilung Höhere Berufsbildung
☎ +41 58 462 21 27
✉ remy.huebschi@sbfi.admin.ch

Weitere Informationen

Stellungnahmen zur Vernehmlassung sowie Informationen zur höheren Berufsbildung:

🔗 www.sbfi.admin.ch/hbb

Abschlüsse auf Tertiärstufe

Abschlüsse der höheren Berufsbildung	27 000 (davon 24 400 vom Bund reglementiert)
Eidgenössische Berufsprüfungen	ca. 220 Prüfungen 14 000 eidgenössische Fachausweise
Eidgenössische höhere Fachprüfungen	ca. 170 Prüfungen 2 800 eidgenössische Diplome
Bildungsgänge an höheren Fachschulen	8 Bereiche mit insgesamt 57 Fachrichtungen und rund 450 Bildungsgängen 7 600 Diplome HF
Abschlüsse an Hochschulen	51 300 (inklusive Doktorate)
davon an Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen	19 800 Bachelor, Master, Diplome
davon an Universitäten / ETH	31 500 Bachelor, Master und Doktorate sowie Lizentiate / Diplome

Quelle: SBFI und Bundesamt für Statistik

Die Fondation suisse in Paris

Pavillon suisse von Le Corbusier: Residenz für Studierende und Forschende und Ort des interkulturellen Austauschs

An der südlichen Peripherie von Paris erstreckt sich ein grosser parkähnlicher Campus für Studierende, Forschende sowie Kunstschaffende aus der ganzen Welt – die Cité internationale universitaire de Paris (CIUP). Sie beherbergt jährlich mehr als 10 000 Gäste aus über 120 Ländern. Darunter auch rund 60 Studierende und Forschende aus der Schweiz, die sich an einer Hochschule oder Forschungsinstitution der Region Île-de-France aufhalten. Die Hälfte davon wohnt im Schweizer Pavillon, einem von Le Corbusier entworfenen Bau der Moderne.



Der Schweizer Pavillon in der Cité internationale universitaire de Paris wurde in den 1930er-Jahren von Le Corbusier, einem der einflussreichsten Architekten des 20. Jahrhunderts, konstruiert. Heute lockt der Pavillon mit seiner typischen Le Corbusier-Architektur des klaren und einfachen Körpers, der sich aus den geometrischen Grundformen des Rechtecks, Kreises und Quaders zusammensetzt, jedes Jahr Besucher aus der ganzen Welt an. Der Pavillon ist ein Wohnheim für Schweizer und internationale Studierende und Forschende sowie ein Ort des kulturellen Austauschs. Bild: Fondation Suisse

Die Cité internationale universitaire de Paris wurde Ende der 1920er Jahre ins Leben gerufen und entsprang dem Ideal der Friedensförderung, der Begegnung und der Toleranz zwischen den Kulturen der ganzen Welt. Auf dem Campus, der sich im 14. Arrondissement über 34 Hektaren erstreckt, befinden sich 40 Häuser verschiedener Länder oder Schulen.

Der Pavillon suisse – ein Wahrzeichen der Moderne

Auf diesem aussergewöhnlichen Campus, einem weltweit einmaligen Pionierkonzept, verfügt auch die Schweiz über ein Haus, das 1931-1933 von den Architekten Le Corbusier und dessen Cousin Pierre Jeanneret erbaut wurde. Der Schweizer Pavillon gilt als ein herausragendes Beispiel der Architektur der Moderne.

Die Fondation suisse wird vom Schweizer Botschafter in Frankreich präsidiert; Betrieb, Unterhalt und Erneuerung wer-

den vom SBFI finanziell unterstützt. Die «Résidents» des Schweizer Hauses kommen nicht nur in den Genuss der Einrichtungen des Campus (Mensa, Bibliothek, Schwimmbad, Tennisplätze, Theater, usw.), sondern finden auch eine persönliche Aufnahme und Betreuung sowie einen Anreiz für die Teilnahme am gemeinschaftlichen Leben. Jedes Haus wählt am Anfang des Jahres ein Komitee, das wiederum eine Vertreterin beziehungsweise einen Vertreter in die Organe der CIUP entsendet und die Verbindung mit der Leitung der anderen Häuser sicherstellt.

Interkultureller Austausch

Jährlich werden rund 60 Résidents aus der Schweiz auf dem Campus aufgenommen. Die Aufenthaltsdauer liegt zwischen drei Monaten und maximal drei Studienjahren. Die Kandidaturen werden von einer Auswahlkommission, die von der Kammer universitäre Hochschulen von swiss-universities geführt wird, begutachtet.

Bewerben können sich Schweizer Bürgerinnen und Bürger sowie Ausländerinnen und Ausländer mit C-Bewilligung, die mindestens auf Masterstufe an einer Hochschule oder Forschungsanstalt der Region Île-de-France eingeschrieben sind. Gemäss dem Konzept der internationalen Durchmischung wird nur die Hälfte der aufgenommenen Schweizerinnen und Schweizer im Haus der Fondation suisse untergebracht, die andere Hälfte wird auf 17 andere Länderhäuser verteilt, mit denen Austauschabkommen bestehen. Die Mehrheit der in der CIUP aufgenommenen Schweizerinnen und Schweizer befindet sich im Masterstudium.

Doktorierende und Forschende machen jedes Jahr einen Fünftel aus. Im Rahmen einer Vereinbarung mit dem Kanton Wallis nimmt die Fondation suisse seit 2010 jährlich auch zwei Kunstschaffende auf. Die meisten Kandidaturen kommen seit einigen Jahren von den Universitäten Basel, Bern und Zürich. Aus Westschweizer Hochschulen stammt gut ein Drittel der Résidents. Vertreten sind sämtliche Studien- und Forschungsgebiete, wobei Recht, Wirtschaft und Management mit Gaststudenten an den Universitäten Panthéon-Assas, Paris Descartes und Sciences Po Paris besonders stark ins Gewicht fallen. Aber auch die an der Sorbonne gelehnten literarischen Fächer sowie die klinischen Praktika an den grossen Pariser Spitätern ziehen viele Schweizerinnen und Schweizer an.

Haus der modernen Kultur

Der Schweizer Pavillon war von Le Corbusier als «Haus der modernen Kultur» gedacht. Mit einem reichen Angebot an künstlerischen und wissenschaftlichen Veranstaltungen führt die Fondation suisse dieses Anliegen für ihre Bewohnerinnen und Bewohner, den ganzen Campus und eine breitere Öffentlichkeit

«Die Atmosphäre in den einzelnen Häusern ist familiär und man kennt sich rasch»

Dr. Monica Corrado ist seit Juli 2015 Direktorin der Fondation suisse. Die Islamwissenschaftlerin war von 2011 bis 2015 als wissenschaftliche Beraterin und stv. Leiterin der Abteilung internationale Beziehungen im SBFI tätig. Davor arbeitete sie sechs Jahre lang als Assistentin am Institut für Islamwissenschaft der Universität Bern. Neben ihr gehören fünf weitere Mitarbeiterinnen zum Personal der Fondation suisse.

Sie sind die neue Leiterin der Fondation suisse – welches Gestaltungspotenzial sehen Sie?

Monica Corrado: Meine Vorgängerin hat mit sehr begrenzten finanziellen Mitteln ein beachtliches Kulturprogramm auf die Beine gestellt und der Fondation suisse dadurch zu einer breiten Bekanntheit verholfen. Davon profitiere ich enorm bei der Planung des Programms für das kommende Hochschuljahr. Der Gestaltungsspielraum in der Fondation suisse ist sehr gross, aber angesichts der abnehmenden Zahl an Bewerbungen – dies nicht zuletzt aufgrund der zunehmenden Bedeutung der anglophonen Welt in der Wissenschaft – sehe ich ein besonderes Potenzial bei der Ver-

mietung von Zimmern in den eher ruhigen Sommermonaten Juli und August – zum Beispiel für die Durchführung von Summer Schools oder kleinerer Konferenzen durch Hochschulen, stellt die Cité doch ein interessantes Umfeld für solche Aktivitäten dar und ermöglicht vielfältige Kooperationen. Außerdem bieten verschiedene Schweizer Hochschulen Doppelstudiengänge mit Pariser Universitäten an und könnten somit ein Interesse daran haben, ein Zimmer «zu stiften». Sie bestimmen in dem Fall die Bewohnerinnen und Bewohner und haben während des ganzen Jahres ein Zimmer, das sie während des Sommers beispielsweise einem Forscher oder einer Forscherin zur Verfügung stellen können.

Weshalb würden Sie einen Aufenthalt in der CIUP empfehlen?

Ein Aufenthalt in der CIUP ist für all jene attraktiv, die nicht nur nach einem Wohnheim suchen, sondern das Bedürfnis haben, das Leben in der Cité mitzugestalten und gemeinsam mit den anderen Bewohnerinnen und Bewohnern das Ideal des Pazifismus und der Multikulturalität zu leben. Die Atmosphäre in den einzelnen Häusern ist familiär und man kennt sich rasch. Nicht



Monica Corrado

zu vernachlässigen sind aber auch das riesige Sportangebot und die vielfältigen kulturellen Veranstaltungen, die die Cité praktisch kostenlos anbietet.

Inwiefern wird das Erbe Le Corbusiers weitergeführt?

Weitergeführt wird das Erbe Le Corbusiers in erster Linie durch den Umstand, dass das Haus denkmalgeschützt ist. Die Fondation suisse organisiert zudem in regelmässigen Abständen Veranstaltungen, die dem Thema Architektur gewidmet sind und bei denen Le Corbusier stets eine Rolle spielt. Außerdem bin ich via die Fondation suisse Mitglied etwa des Vereins der Bauten von Le Corbusier, über den wir uns ebenfalls an Aktivitäten rund um «Corbu» beteiligen.

weiter. Das in der Regel partnerschaftlich erarbeitete Veranstaltungsprogramm soll einerseits als Plattform dienen für junge Kunstschaefende aus der Schweiz und anderen Ländern in den Bereichen Musik, bildende Kunst, Film und Architektur. Andererseits will es den Besuchern und Besucherinnen aber auch ein Stück Schweizer Kultur näherbringen.

Über den 1989 gegründeten Verein Pavillon suisse sind die im Schweizer Haus wohnhaften Studierenden und Forschenden eingeladen, zum kulturellen und wissenschaftlichen Leben beizutragen. Mit der Betreuung und logistischen Unterstützung der Direktion des Hauses erhalten sie Gelegenheit, Projekte von der Konzeption bis zur Umsetzung zu leiten und damit Erfahrungen im Bereich des Kulturmangements zu sammeln: So organisierte der Verein in der ersten Jahreshälfte 2015 etwa einen Veranstaltungszzyklus mit Filmvorführungen, Ausstellungen, Konferenzen und Konzerten zum Thema «ARE YOU CONNECTED?». Es ging dabei um die neuen Informationstechnologien und

die Frage, wie diese eingesetzt werden und welche Auswirkungen sie auf unser tägliches Leben haben.

Der Schweizer Pavillon als Museum

Der Schweizer Pavillon ist aber nicht nur ein Ort des Wohnens und der kulturellen Veranstaltungen, sondern dank seines berühmten Architekten auch eine Art Museum. Als Besonderheit teilen seine Bewohnerinnen und Bewohner deshalb ihren Lebensraum ein wenig mit den fast 10 000 Besucherinnen und Besuchern, die jedes Jahr aus der ganzen Welt herbeiströmen, um den Bau zu bewundern und zu studieren. Der 1986 ins Inventar der denkmalgeschützten Baudenkmäler aufgenommene Pavillon ist ein wegweisendes Werk von Le Corbusier, der damit seine Theorien über das kollektive Wohnen praktisch erproben und seine Idee der «Wohnmaschine» umsetzen konnte. Diese museumsähnliche Tätigkeit der Fondation suisse wird durch weitere Aktivitäten (Veranstaltungen, Workshops für Schulen, Führungen usw.) ergänzt.

Kontakt

Monica Corrado
Direktorin, Fondation suisse
☎ +33 1 44 16 10 10
✉ contact@fondationsuisse.fr

Silvia Studinger, SBFI
Leiterin Abteilung Hochschulen
☎ +41 58 46 32680
✉ silvia.studinger@sbfi.admin.ch

Weitere Informationen

Fondation suisse:
☞ <http://www.fondationsuisse.fr/>
swissuniversities:
☞ <http://www.swissuniversities.ch/de/themen/internationales/fondation-suisse-paris/>

Wie bewerbe ich mich?

Informationen zur Zulassung:
<http://www.fondationsuisse.fr/FR/residence3.html>

Chancengleichheit an den Universitäten

Erste Erkenntnisse aus der Umsetzung der Aktionspläne 2013-2016 liegen vor

Das Bundesprogramm Chancengleichheit an den Universitäten, das seit 2000 besteht, erfuhr Anfang 2013 einen grundlegenden Systemwechsel: Es finanziert nicht mehr ausgewählte Projekte oder einzelne Personen, sondern unterstützt die Universitäten bei der Umsetzung von selber entwickelten Aktionsplänen zur Gleichstellung von Frau und Mann. Der nun vorliegende Zwischenbericht per Ende 2014 zeigt erste Erfolge auf: Bei der Erreichung der Ziele hinsichtlich institutioneller Verankerung, Erhöhung des Frauenanteils sowie Kultur- und Strukturwandel zeichnen sich positive Trends ab. Hingegen kann das übergeordnete Ziel von 25 % Professorinnen an den Universitäten bis Ende 2016 voraussichtlich nicht erreicht werden.



Chancengleichheit betrifft die ganze Bandbreite der akademischen Tätigkeit und der Hochschulorganisation. Aktionspläne bieten ein Instrument, um flexibel auf unterschiedliche Situationen und Bedürfnisse zu reagieren. Bild: Université de Neuchâtel, Guillaume Perret

Basierend auf dem Bundesprogramm 2013-2016 haben die Gleichstellungsbeauftragten an den Universitäten zusammen mit ihrem Rektorat jeweils einen massgeschneiderten Aktionsplan ausgearbeitet. Die Aktionspläne greifen mit konkreten Massnahmen hinsichtlich Struktur, Zugänglichkeit und Art der Förderung unterschiedliche Aspekte auf wie die Stärkung der Karriereverläufe von Frauen, die Verankerung der Chancengleichheit in der Organisation sowie eine Ist-Soll-Analyse zum Erkennen der Lücken bei den Frauenanteilen. Mit fakultätspezifischen Aktionsplänen gehen die Massnahmen auf die unterschiedlichen Situationen und Wissenschaftskulturen ein.

Folgende Handlungsfelder bilden die Ausgangslage für Massnahmen im Rahmen der Aktionspläne:

- Institutionelle Verankerung von Chancengleichheit;
- Erhöhung des Frauenanteils bei den Professuren und in den Leitungs- und Entscheidungsgremien;

- Gendergerechte Nachwuchsförderung;
- Angemessene Rahmenbedingungen für Studierende und Forschende mit familiärer Verpflichtung;
- Abbau der horizontalen Segregation beim Zugang und der vertikalen Segregation beim Verbleib in Studienfächern mit besonders tiefem Frauenanteil;

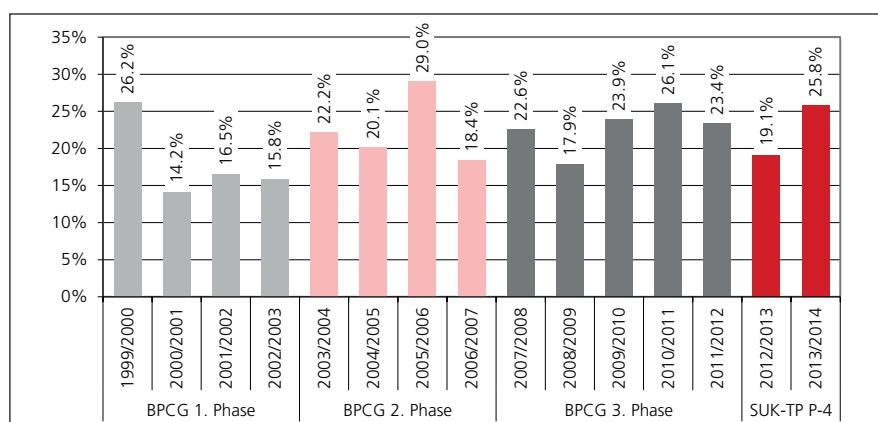
- Personal- und Organisationsentwicklung;
- Sonstige Massnahmen wie Öffentlichkeitsarbeit oder Sensibilisierungsmassnahmen.

Mit der Auswahl von Schwerpunkten soll den Universitäten eine grösere Flexibilität in der Gleichstellungsarbeit eingeräumt werden. Zudem besteht die Erwartung, dass die Genderthematik damit innerhalb der Universitäten breiter abgestützt ist und die bisher zu einem guten Teil mit Bundesmitteln finanzierten Gleichstellungsstrukturen und -massnahmen in die ordentlichen Universitätsbudgets übernommen werden.

Zwischenbericht nach zwei Jahren

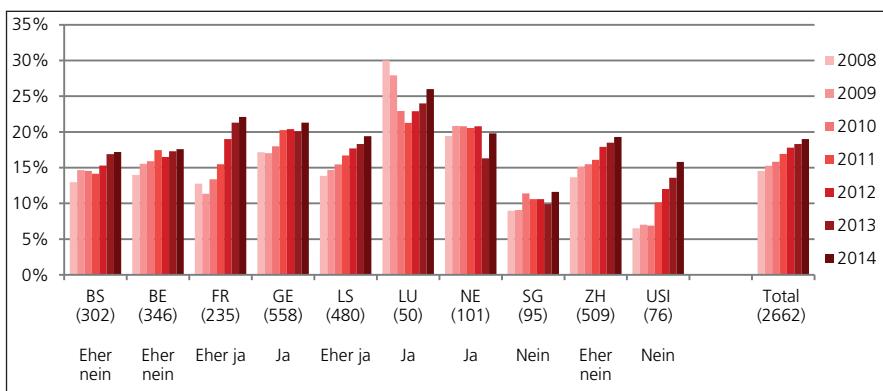
Um eine Übersicht über den Verlauf und erste Resultate der Aktionspläne zu erhalten, hat die Programmleitung einen erweiterten Zwischenbericht nach zwei Jahren in Auftrag gegeben. Dieser Bericht wurde vom Büro BASS erstellt. Mit einer detaillierten Befragung zu den Aktivitä-

Frauenanteile bei Neuberufungen von ordentlichen und ausserordentlichen Professor/innen, 1999/2000 – 2013/2014



BPCG – Bundesprogramm Chancengleichheit; ab 2013 Aktionspläne im Rahmen des SUK-Programms Chancengleichheit. Quelle: swissuniversities; Auswertung: BASS

Frauenanteile auf Stufe Professur (ordentliche/ausserordentliche) und selbst beurteilte Wahrscheinlichkeit, das Ziel von 25% bis Ende 2016 zu erreichen



In Klammern: Anzahl Professor/innen (Frauen und Männer) im Jahr 2014.

Unterste Zeile: selbst beurteilte Wahrscheinlichkeit, dass bis Ende 2016 25% aller (ord./ausserord.) Professuren von Frauen besetzt sind. Quellen: swissuniversities / Reportings der Universitäten 2014 (Frage N5); Auswertung: BASS.

ten, Programmzielen und Erfahrungen mit den Aktionsplänen als einem neuen Instrument für die Gleichstellungsarbeit an den Schweizer Universitäten konnten wichtige Hinweise zusammengetragen und analysiert werden. Als hilfreiches Instrument zum Stand der Chancengleichheit hat sich dabei der an einigen Universitäten regelmäßig erstellte Gleichstellungsbericht zuhanden des Rektorats erwiesen.

Umsetzung der Massnahmen im Gange

Die Selbsteinschätzung jeder Universität hat gezeigt, dass die geplanten Massnahmen mit nur wenigen Ausnahmen durchgeführt werden konnten. Die Universitäten hatten zu Beginn bezüglich der vorgegebenen Handlungsfelder Schwerpunkte gesetzt. Korrekturen bei der Umsetzung gab es im ersten Jahr wegen einzelner Verzögerungen sowie Anpassungen aufgrund von Personalwechseln. Fast alle Universitäten konnten ihre vorgesehenen Leistungen erbringen. Die Qualität der Leistungen wurde dabei als gut bis sehr gut beurteilt. Einzelne Universitäten haben gar mehr ausgeführt als ursprünglich geplant. Andere waren selbstkritisch, da gewisse Massnahmen nicht wie geplant begonnen werden konnten, beispielsweise die Integration von genderspezifischen Modulen in die Weiterbildung von Kadermitgliedern; ein Verweis darauf, dass Chancengleichheit nicht immer auf offene Ohren beziehungsweise vorhandene Strukturen trifft und weitere Überzeugungsarbeit sowie Geduld bei der Umsetzung erforderlich ist.

Finanzielle Sicherung der Gleichstellungsstrukturen

Eines der Ziele des laufenden Programms, das von der Evaluationsgruppe sowie vom Bund gefordert wird, ist die finanzielle Sicherung der Gleichstellungsstrukturen durch die Universitäten. Die Umfrage hat gezeigt, dass Ende 2014 an den Universitäten mehr als die Hälfte der Personalressourcen der Gleichstellungsbüros mit Universitätsmitteln bezahlt wird. Die Universität St. Gallen übernimmt neu die gesamte Stellenfinanzierung, hingegen läuft diese an der USI immer noch über die Bundesgelder. Stellen in befristeten Projekten werden seltener weitergeführt. Die Verstetigung weiterer Stellen ist bisher bei sieben Universitäten gegeben. Ebenso werden die Gleichstellungsmassnahmen zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen an neun Universitäten in Zukunft über die Mehrjahresplanung finanziert oder teilweise von den Fakultäten weitergeführt. Schon länger werden

beispielsweise die Kinderkrippen über das Universitätsbudget finanziert.

Die Untersuchung zeigt, dass die institutionelle Verankerung von Chancengleichheit an den Universitäten möglich ist, dennoch bleibt offen, ob Ende 2016 die Finanzierung der bewährten Massnahmen von allen Universitäten übernommen wird.

Anteil Professorinnen unter Zielwert

Die Entwicklung der Frauenanteile bei den ordentlichen und ausserordentlichen Professuren (2014 rund 19%; Ziel 25%) und bei den Assistenzprofessuren (2014 rund 33%, Ziel 40%) zeigt Fortschritte. Hingegen gibt es keinen Hinweis darauf, dass damit der Frauenanteil in den Entscheidungsgremien auch ansteigt. Eine stärkere Vertretung wäre jedoch erwünscht. An den meisten Universitäten schwankt der Professorinnenanteil zwischen 17% bis 21%. Ausnahmen bilden drei kleine Universitäten mit spezialisierten Fächerangeboten (LU 26%, SG 11,6% und USI 15,8%). Trotz des an drei Universitäten empfohlenen Richtwerts für einen Frauenanteil von 30-40% der Neuberufungen wird das Ziel von 25% kaum erreicht werden können.

Besser sieht es bei den Assistenzprofessorinnen aus, wo bereits vier Universitäten (BE, LS, LU, NE) das Ziel erreicht haben und voraussichtlich die Universität Genf es bis Ende 2016 erreichen wird. Der ungleiche Stand ist gemäss dem Autor des Zwischenberichts auch auf das Fächerangebot und die Verbreitung von Assistenzprofessuren zurückzuführen. Er schlägt deshalb vor, das Gesamtziel von 40% mit universitätsspezifischen Richtwerten zu verbinden, um so wirkungsrelevante

Chancengleichheitsprogramm an den Fachhochschulen 2013-2016

Die sieben öffentlich-rechtlichen Fachhochschulen führen – basierend auf den konzeptionellen Grundlagen – Massnahmen in den folgenden Handlungsfeldern durch:

- Institutionalisierte Gleichstellungspolitik
- Personalpolitik und Nachwuchsförderung
- Rekrutierung und Förderung Studierender
- Lehre und Forschung
- Thematisch sollen Frauen für MINT und Männer für Studienfächer der Gesundheit und Sozialen Arbeit gewonnen werden.

Weitere Informationen: http://www.sbfi.admin.ch/chancengleichheit_fh_d

Ziele zu setzen. Dazu untersucht beispielsweise die Universität Zürich Arbeitsbedingungen und Karriereperspektiven, und die Universität Bern legt ein starkes Gewicht auf Kurse für Postdocs.

Veränderte Einstellungen

Die Frage nach dem Erfolg des beabsichtigten Kultur- und Strukturwandels kann noch nicht eindeutig beantwortet werden. Die meisten Gleichstellungsbeauftragten antworten mit «eher ja» und erkennen eine positive Entwicklung. Anzeichen dafür sind etwa eine veränderte Einstellung zu Genderfragen in Beschlüssen der Rektorate, eine neue Sensibilität an den Fakultäten oder allgemein ein grösseres Wohlwollen. Um einen Wandel an den Universitäten bis Ende 2016 auf breiter Ebene zu initiieren, bräuchte es aber zusätzliche Anstrengungen.

Fakultätsspezifische Angelegenheiten aufgreifen

Es hat sich gezeigt, dass die Zusammenarbeit mit den Fakultäten bei der Ausarbeitung der Aktionspläne zu einer breiteren Sensibilisierung für das Thema Chancengleichheit beiträgt. Mit den Fakultäten konnten fachspezifische Aspekte aufgegriffen, mögliche Hindernisse für Frauen und ihre Karrierewege erfasst sowie der Abbau von Hindernissen mit an den Fakultäten verankerten Massnahmen angegangen werden. Dies war vor allem an den fünf grössten Universitäten (BE, BS, GE, LS und ZH) möglich.

Erfahrung und Empfehlungen

Aus den Erfahrungen bei der Umsetzung sind gemäss dem Autor des Berichts durchaus positive Stimmen zu den Aktionsplänen zu hören. Die Gleichstellungsarbeit zeigt mehr Kohärenz und Sichtbarkeit; die Zielvorgaben sind klarer und durch die Nähe zu den Entscheidungsprozessen besser verankert und tendenziell besser koordiniert.

Zurückhaltender sind die Aussagen, wenn es um den Vollzug und die Akzeptanz geht. Obwohl einzelne Fakultäten und Institute daran sind, Massnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit umzusetzen, scheint die breite Abstützung bisher zu fehlen. Bis Ende 2016 werden möglicherweise im Rahmen des Programms noch weitere Massnahmen implementiert. Danach sind die Universitäten gefordert, die Umsetzung der Chancengleichheit weiterzuführen und den weiblichen Nachwuchs weiterhin gezielt zu fördern.

Unterstützt werden diese und weitere Massnahmen durch Empfehlungen der Akademien der Wissenschaften Schweiz unter anderem für gendergerechte akademische Karrierewege. Die universitären Leitungsgremien sollen gendergerechte Strukturen in der Wissenschaft ermöglichen und fördern. Dazu gehören Jobsharing, Tenure Track-Stellen, gemischtgeschlechtliche wissenschaftliche Teams und stabile wissenschaftliche Arbeitsstellen.

Weiter geht es darum, die Qualität bei Beziehungs-, Beförderungs- und Evaluationsverfahren akademischer Kader zu sichern. Neben der Möglichkeit für Vereinbarkeit von Familie und akademische Karriere fordern die Akademien eine aktive und gendergerechte Unterstützung von Karrierewegen in der Organisation und in den Prozessen, bei der Verleihung von Preisen und in der Kommunikation.

Chancengleichheit betrifft die ganze Bandbreite der akademischen Tätigkeit und der Hochschulorganisation. Aktionspläne bieten ein Instrument, um flexibel auf unterschiedliche Situationen und Bedürfnisse zu reagieren. Zum laufenden Programm kann festgestellt werden, dass alle Universitäten die Wahrnehmung für die Chancengleichheitsziele verbessert und die Umsetzung von neuen Massnahmen angepackt haben. Es wird sich zeigen, ob die Massnahmen und Strukturen in der Laufzeit des Programms bis Ende 2016 verankert werden können.

Kontakt

Irene Rehmann, SBFI
Wissenschaftliche Beraterin,
Abteilung Hochschulen,
☎ +41 58 462 96 62
✉ irene.rehmann@sbfi.admin.ch

Weitere Informationen

Der Bund unterstützt im Rahmen der projektgebundenen Beiträge Massnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit an den Hochschulen seit dem Jahr 2000, das Netzwerk Gender Studies seit Ende 2004.

SUK-Programm P-4, Teilprogramm «Chancengleichheit»: Zwischenbericht, Synthese der Reportings 2014, Dr. Philipp Dubach, Büro BASS, 2015 : <http://www.swissuniversities.ch/de/themen/chancengleichheit/suk-programm-p-4/>

SUK-Programm Chancengleichheit für Frau und Mann an den Universitäten/Gender Studies 2013-2016: Das Teilprojekt Chancengleichheit wird mit 9 Millionen Franken aus Bundesmitteln sowie mit zusätzlichen Eigenmitteln der Universitäten finanziert. <http://www.swissuniversities.ch/de/themen/chancengleichheit/suk-programm-p-4/>

Zu den Aktivitäten gehören unter anderem Programme zur Nachwuchsförderung wie Mentoring und Kurse, Entlastungsprogramme für Doktorierende und PostDoc. Daneben werden Summerschools organisiert, Gastprofessuren eingerichtet, Schulungen für Professoren und Professorinnen angeboten: <http://www.swissuniversities.ch/de/themen/forschung/nachwuchsfoerderung/>

Projekte an Fakultäten – Beispiel der Universität Zürich: <http://www.gleichstellung.uzh.ch/fakultaeten.html>

Chancengleichheit im ETH-Bereich: <http://www.ethrat.ch/de/node/2366>

Gender Monitoring der ETHZ: http://www.equal.ethz.ch/gender_monitoring/gender_monitoring_2011

Fix the leaky pipeline EPFL: http://egalite.epfl.ch/femmes_scientifiques

Informations- und Koordinationsplattform für Schweizer Unternehmen und Forschungsstätten

Das «Swiss Industry Liaison Office» ist eröffnet!

Die Schweiz ist Mitglied in verschiedenen internationalen Forschungsorganisationen wie dem CERN im Bereich der Teilchenphysik oder der ESO, die astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre durchführt. Die internationales Verträge sehen oftmals vor, dass die Mitgliedstaaten von Industrieaufträgen profitieren können. Um dieses Potenzial für die Schweizer Forschung und Wirtschaft besser ausnützen zu können, haben das SBFI, das Paul Scherrer Institut PSI und die EPFL Lausanne (EPFL) das «Swiss ILO Office» neu ausgerichtet. Als nationale Koordinationsstelle sorgt es für die Vernetzung und letztlich die Beteiligung von Unternehmen und Forschungsstätten aus der Schweiz an den internationalen Vergabeverfahren.



Mit dem European XFEL entsteht eine einzigartige Forschungsanlage in der Metropolregion Hamburg. Ab 2017 werden hier extrem intensive Röntgenlaserblitze erzeugt, die Forscher aus der ganzen Welt nutzen werden. Am Bau der Anlage sind auch Unternehmen aus der Schweiz beteiligt. Bild: Supraleitende Beschleunigungsmodule, European XFEL

Die Schweiz ist Mitglied in den meisten internationalen Forschungsorganisationen. Diese bauen und betreiben modernste Forschungsinfrastrukturen für die Naturwissenschaften, insbesondere in den Gebieten Physik, Astronomie, Chemie und Biologie. Die Mitgliedstaaten dieser Organisationen können ihren Forschenden daher die weltweit besten Instrumente zur Verfügung stellen, zu deren Finanzierung sie alleine nicht die Mittel gehabt hätten. Und sie können gemeinsam wissenschaftliche Experimente der Spitzenklasse durchführen.

Die Beteiligung der Schweiz in diesen Organisationen stärkt und erweitert die internationale Vernetzung der Schweizer Forschung und stellt somit einen strategischen Aspekt der internationalen Forschungspolitik unseres Landes dar. Innerhalb dieser Organisationen trägt die Schweizer Spitzenforschung dazu bei, gemeinsam mit anderen Ländern zahlreiche

wissenschaftliche Herausforderungen zu erkennen und zu bewältigen. Außerdem bieten diese Organisationen eine attraktive Plattform für die Beziehungspflege zwischen den Mitgliedstaaten. Die Zahl dieser Organisationen wächst stetig und das SBFI verfolgt diese Entwicklung aufmerksam.

Mitgliedstaaten profitieren von Aufträgen

Die Schweiz leistet Beiträge an das Budget dieser internationalen Forschungsorganisationen. Im Gegenzug können die in der Schweiz tätigen Forschenden an den Experimenten teilnehmen und haben Zugang zu den Forschungsinfrastrukturen. Außerdem können sich Schweizer Unternehmen und Forschungsstätten an den Ausschreibungen dieser Organisationen beteiligen. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Forschungsaufträge und die Entwicklung von Spitzentechnologien, aber auch um Dienstleistungen oder Bauaufträge. Erhalten Schweizer Firmen von

diesen Organisationen in einem Vergabeverfahren den Zuschlag, so kommt ein Teil der von der Schweiz an diese Organisationen bezahlten Mitgliederbeiträge wieder der nationalen Wirtschaft zugute. Durch die Ausführung dieser Aufträge können die Schweizer Unternehmen und Forschungsstätten zudem ihr technologisches Knowhow zugunsten des Industrie- und Wissenschaftsstandorts Schweiz weiterentwickeln. Somit liegt es durchaus im Interesse unseres Landes, die Beziehungen zwischen den Schweizer Unternehmen und Forschungsstätten einerseits und den internationalen Forschungsorganisationen andererseits zu fördern.

Informieren, propagieren und vernetzen

Vor diesem Hintergrund haben das SBFI, das PSI und die EPFL beschlossen, eine Dienstleistung ins Leben zu rufen, wie sie in anderen Ländern unter der Bezeichnung «Industrial Liaison Officer»

«Die Dienstleistungen des «Swiss ILO Office» stehen allen Schweizer Unternehmen offen»

Michel Hübner leitet das «Swiss ILO Office», einen Einmann-Betrieb. Seiner Ansicht nach haben Unternehmen und Forschungsstätten aus der Schweiz sehr gute Chancen, um bei den internationalen Vergabeverfahren erfolgreich teilnehmen zu können. «Swiss made» sei insbesondere bei der Realisation von Anlagen in der Spitzenforschung ein gewichtiger Wettbewerbsvorteil.

SEFRI: Sie befinden sich in einer guten Lage, um das Potenzial der Schweizer Industrie im Bereich der Spitzenforschung zu beurteilen. Wie ist dieses im internationalen Vergleich einzustufen?

Michel Hübner: Die Schweizer Industrie hat im Ausland einen hervorragenden Ruf. Das Label «swiss made» hat einen hohen Stellenwert. Die langjährige Erfahrung aus den europäischen Wissenschaftsprogrammen, beispielsweise mit dem CERN und der ESA, trägt zur guten Reputation bei. Bei internationalen Ausschreibungen sind wir zwar durch den starken Franken und das hohe Lohnniveau benachteiligt, aber wir können dies durch eine grössere Produktivität wettmachen. Wir müssen unsere Stärken dort ausspielen, wo sie gefragt sind. Gewisse Bestandteile von gemeinsam genutzten, sehr kostspieligen wissenschaftlichen Anlagen wie ein Teilchendetektor sind so sensibel, dass die Leistungsfähigkeit höher gewichtet wird als die Kosten.

Warum sind die von internationalen Forschungsorganisationen vergebenen Aufträge für Schweizer High-Tech-Unternehmen attraktiv und welche Parameter müssen diese berücksichtigen, um am Markt bestehen zu können?

An wissenschaftliche Projekte geknüpfte Aufträge, bei denen die Grenzen der Technologie ausgelotet werden, passen grundsätzlich gut zu unserer innovativen und zuverlässigen Industrie. Wir können uns damit insbesondere bei Aufträgen profilieren, bei denen der technische

Mehrwert ausschlaggebend ist, was häufig Nischenmärkte betrifft.

Wir achten bei den Vergabeverfahren hauptsächlich auf die technische Komponente. Dabei konzentrieren wir uns vor allem auf Ausschreibungen, die einen Technologietransfer beinhalten. Bei Ausschreibungen für reine Produktionsaufträge, bei denen die Komponente Ingenieurwesen nicht vorhanden ist, haben wir hingegen einen schwereren Stand.

Welche Unterstützung bietet das «Swiss ILO Office» Schweizer Unternehmen? Entspricht das Knowhow eines Unternehmens den Anforderungen einer internationalen Ausschreibung und ist eine Bewerbung geplant, bieten wir dem Unternehmen während des gesamten Prozesses zur Vermarktung seines Produkts an die Organisation eine Begleitung an. Die Beschaffungsregeln unterscheiden sich stark unter den internationalen Organisationen. Auch sind die Vertrags- und Verwaltungsklauseln auf den ersten Blick teilweise schwer verständlich.

Bei der Dokumentation ihres technischen Knowhows sind die Unternehmen selbstverständlich weitgehend autonom, eventuell bekunden sie aber mehr Mühe mit der Formatierung der Offerte oder der Redaktion zu den Teilen Projekt oder Qualität. Konkret kann das «Swiss ILO Office» ein KMU beispielsweise unterstützen, indem es anhand einer Vorlage einen Teil seiner Offerte verfasst.

Warum befindet sich Ihr Büro an der EPFL? Stehen Ihre Dienste auch Schweizer Unternehmen ausserhalb der Genferseeregion zur Verfügung?

Das Kompetenzzentrum für Plasmaphysik befindet sich an der EPFL. Für Projekte einer solch hohen technischen Komplexität wie das Projekt ITER ist die unmittelbare Verfügbarkeit von Physikern oder Ingenieurinnen entscheidend. Da die Tätigkeiten des ILO bis 2014 auf ITER ausgerichtet waren, wurden sie logischerweise von der EPFL ausgeführt. Zudem befinden sich drei der acht Organisationen in Frankreich und das CERN in Genf. Besuche bei diesen Organisationen sind somit einfacher möglich.



Michel Hübner

Die Dienstleistungen des «Swiss ILO Office» stehen jedoch allen Schweizer Unternehmen zur Verfügung. Die Mehrheit der von den internationalen Forschungsorganisationen nachgefragten industriellen Kompetenzen sind im Übrigen in der Deutschschweiz zu finden. Aus diesem Grund bin ich auch regelmässig in der Deutschschweiz und insbesondere am PSI, dem nationalen wissenschaftlichen Kompetenzzentrum für zahlreiche von diesen Organisationen abgedeckte Bereiche. Die Aufteilung der Tätigkeiten des ILO auf die gesamte Schweiz leistet einen Beitrag zum nationalen Zusammenhalt und zu einer multikulturellen Unternehmenskultur, die für die Teilnahme an wissenschaftlichen Projekten von internationaler Reichweite unabdingbar ist.

Über welche Erfolge konnten Sie sich in diesen drei Jahren freuen? Und was bedauern Sie

Einerseits ist es sehr befriedigend zu sehen, dass sich die Schweizer Industrie für die Programme der internationalen Forschungsorganisationen interessiert. Die eindrücklichsten Erfolge waren jene von Schweizer KMU, die es geschafft haben, über die aussereuropäischen Mitgliedsstaaten (Indien, China, Südkorea, Japan, Russland und die USA) Verträge im Rahmen des Projekts ITER zu erhalten. Sie haben damit ihre grosse Flexibilität unter Beweis gestellt, sich dank ihren gefragten Technologien in einer globalisierten Welt zu bewegen. Andererseits ist es bedauerlich, dass gewisse Unternehmen trotz günstiger Geschäftsbedingungen aufgrund von Befürchtungen zum administrativen Umfeld der internationalen Organisationen darauf verzichten, sich auf Ausschreibungen zu bewerben.

Welche Herausforderungen stehen für Schweizer Unternehmen an, die mit internationalen Forschungsorganisationen im Kontakt stehen? Was ist zu tun?

Die meisten internationalen Forschungsorganisationen haben zahlreiche ambitionierte Projekte lanciert, die in den nächsten zehn Jahren umgesetzt werden sollen. Diese betreffen entweder Anpassungen an bereits bestehenden Anlagen (CERN, ESRF) oder den Bau neuer Infra-

strukturen (ITER, ESS, ESO). Im Hinblick auf potenzielle Verträge für die Schweizer Industrie bricht damit eine vielversprechende Zeit an.

Für die Schweizer Industrie gilt es selbstverständlich, ihre führende Position bei der Lieferung von Spaltenkomponenten in einem internationalen Umfeld mit zunehmendem Konkurrenzdruck zu verteidigen. Bei der Entwicklung neuer Systeme könnte es sinnvoll sein, sich vermehrt auf

transnationale Partnerschaften abzustützen, die häufig auch von den Forschungsorganisationen selber begrüßt werden. Solche Partnerschaften begünstigen geografisch ausgewogene Erträge, was in einer internationalen Organisation politisch angezeigt ist. Mit solchen Zusammenarbeitsmodellen sind Kostenoptimierungen möglich und insbesondere Aufgaben mit hoher Wertschöpfung können in der Schweiz ausgeführt werden.

oder ILO bereits besteht. Die drei Partner übernehmen gemeinsam die Führung dieses «Swiss ILO Office», das grösstenteils vom SBFI finanziert wird. Das «Swiss ILO Office» mit Sitz an der EPFL hat Anfang 2015 den Betrieb aufgenommen und wird von Michel Hübner geleitet. Die Vereinbarung zur Gründung des «Swiss ILO Office» steht auch anderen institutionellen Partnern offen. Eine Teilnahme von Vertretern der Schweizer Industrie, mit der das «Swiss ILO Office» bereits in engem Kontakt steht, wäre durchaus zu begrüssen.

Das «Swiss ILO Office» hat namentlich folgende Aufgaben:

- Aufbau und Pflege eines Netzes von Schweizer Unternehmen und Forschungsstätten, deren Dienstleistungen, Produkte oder Tätigkeiten für die jeweiligen Forschungsorganisationen von Nutzen sein könnten.
- Gezielte Information dieses Netzes über Ausschreibungen der internationalen Forschungsorganisationen und Beratung

tung bezüglich der Vergabeverfahren.

- Förderung der Dienstleistungen, Produkte oder Tätigkeiten der Mitglieder dieses Netzes durch Bekanntmachung bei den Forschungsorganisationen.

Derzeit konzentriert das «Swiss ILO Office» seine Tätigkeiten auf acht internationale Organisationen, die folgende wissenschaftliche Fachbereiche abdecken:

- Kernfusion: ITER-Organisation (IO) und Fusion for Energy (F4E)
- Teilchenphysik: CERN
- Werkstofftechnologie und Life Sciences: Europäische Synchrotronstrahlungsanlage (ESRF), Institut von Laue-Langevin (ILL), Europäische Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage (European XFEL), European Spallation Source (ESS)
- Astrophysik: Europäische Südsternwarte (ESO)

Dieses Portfolio ist selbstverständlich erweiterbar, sollte die Schweiz weiteren Organisationen beitreten.

Potenzial vorhanden

Das «Swiss ILO Office» hat jedoch nicht von Grund auf neu angefangen: Einen mit ILO vergleichbaren Dienst gibt es bereits seit 2009. Seine Tätigkeit beschränkte sich jedoch auf das Projekt ITER. Die Erweiterung des Portfolios auf andere Organisationen schafft Synergien und fördert den Informations- und Erfahrungsaustausch in ähnlichen Geschäftsbereichen.

Das entsprechende Potenzial konnte im Juni 2015 an einem Informationstag in Luzern bereits erfolgreich genutzt werden. An dieser Veranstaltung wurden die Möglichkeiten aufgezeigt, die die Organisationen ITER, Fusion for Energy, und European Spallation Source für die Schweizer Industrie bieten. Diese drei Organisationen bauen zurzeit sehr grosse Anlagen und werden mehrere Ausschreibungen lancieren, die für die Schweizer Industrie von Interesse sein könnten. Dieser Informationstag diente dem gegenseitigen Austausch und war ein voller Erfolg. Die 70 Teilnehmenden profitierten außerdem von der Präsenz von Vertreterinnen und Vertreter der drei Organisationen.

Kontakt

Xavier Reymond, SBFI
Wissenschaftlicher Berater, Ressort Internationale Forschungsorganisationen
☎ +41 58 462 34 52
✉ xavier.reymond@sbfi.admin.ch

Weitere Informationen

Neuer Internet-Auftritt des «Swiss ILO Office»:
🌐 www.swissilo.ch

Übersicht über die Beteiligung der Schweiz an internationalen Forschungsorganisationen und Programmen:

🌐 www.sbfi.admin.ch/forschungorg_d



Gefragte Spitzentechnologie: Schweizer Unternehmen haben dank der hohen Qualität der Produkte und Dienstleistungen gute Chancen bei der Auftragsvergabe von internationalen Forschungsorganisationen.
Bild: Swissmem

ESA Business Incubation Center Switzerland

Neue Förderung von Schweizer Startups im Weltraumbereich

Im März 2015 unterzeichneten die Europäische Weltraumorganisation ESA und die Schweiz ein Memorandum of Understanding für den Aufbau eines Business Incubation Centers in der Schweiz. Das Zentrum soll unter dem Namen ESA BIC Switzerland die Gründung von Start-up-Unternehmen im Bereich Weltraumtechnologien erleichtern und fördern. Insgesamt soll damit der Schweizer Raumfahrts- und Industriestandort gestärkt werden.



Mit dem geplanten Business Incubation Center Switzerland soll der Raumfahrt- und Industriesektor in der Schweiz gestärkt werden, indem neue Ideen und die Entwicklung neuer Technologien durch Jungunternehmen gezielt gefördert werden. Private Investoren profitieren durch direkten Zugang zu Expertise und zu einem globalen Weltraummarkt. Bild: ESA

Um die europäische Raumfahrtindustrie voranzubringen, hat die ESA in ihren Mitgliedsstaaten bereits über ein Dutzend Incubation Centers errichtet. In diesen Zentren werden Jungunternehmen, die sich der Entwicklung von Raumfahrttechnologien widmen, finanziell und mit technischem Know-how unterstützen.

Ein Incubation Center nach Schweizer Art

Im Vergleich zu den anderen europäischen Inkubationszentren der ESA, die vor allem über öffentliche Gelder finanziert werden, wird das Zentrum in der Schweiz nach einem Modell errichtet, das den Schweizer Bedürfnissen und Möglichkeiten näher kommt. Ziel ist eine öffentlich-private Partnerschaft. So werden höchstens 40 Prozent des Jahresbudgets von ESA BIC Switzerland, das auf 5 Millionen Franken geschätzt wird, vom Bund getragen; der Rest wird entweder von Kantonen oder privaten Partnern übernommen. Seitens des Bundes handelt es sich zudem um eine zeitlich befristete Anschubfinanzierung. Das Zentrum soll sich mittelfristig selber finanzieren können. Es soll bottom-up aufgebaut und durch den Markt und nicht die Politik gesteuert werden. Das geplante Inkubationszentrum soll jährlich die Gründung von zehn Start-up-Unternehmen ermöglichen.

Erste Information für potenzielle Partner

Der Aufbau des Schweizer Inkubationszentrums wird vom SBFI koordiniert. Im Juli 2015 fand in Bern ein erster öffentlicher Anlass mit Vertretern der ESA statt. Er bot potenziellen Partnern und Investoren Gelegenheit, sich über das Projekt zu informieren. Verschiedene Vertreter von Kantonen, Inkubationszentren und potenzielle Investoren aus der Privatwirtschaft nahmen daran teil.

Von der Forschung auf den Markt: Technologietransfer durch Start-ups im BIC

Das Business Incubation Center Switzerland soll nationale und internationale Talente und Unternehmen anziehen und damit als Katalysator für die Entwicklung neuer Ideen, Technologien und Infrastrukturen dienen. Gleichzeitig können diese Technologien auch in anderen Bereichen Anwendung finden, woraus wiederum neue Unternehmen entstehen können. Private Investoren profitieren dadurch, dass sie über die ESA einen direkten Kontakt zu Partnern aus der ganzen Welt erhalten und auf ein Potenzial von über 1000 ESA-Ingenieuren und deren technisches Know-how zurückgreifen können.

Nächste Schritte

Bis Ende 2015 soll über die öffentliche Ausschreibung entschieden werden, wer das Inkubationszentrum betreiben und finanzieren wird und wo sein Standort sein wird. Danach wird im Frühling 2016 eine erste Selektion von Jungunternehmen erfolgen. Im Sommer 2016 soll das Zentrum eröffnet werden.

Kontakt

Johann Richard, SBFI
Wissenschaftlicher Berater, Abteilung Raumfahrt

☎ +41 58 464 10 72
✉ johann.richard@sbfi.admin.ch

Weitere Informationen

ESA BIC Switzerland:
✉ www.sbfi.admin.ch/esa-bic-ch

ESA Business Incubation Centers:
✉ http://www.esa.int/Our_Activities/Space_Engineering_Technology/Business_Incubation/ESA_Business_Incubation_Centres12

BFI-MELDUNGEN

Bundesrat Schneider-Ammann empfängt den neuen Generaldirektor der ESA

Ende August 2015 hat Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann in Bern den neuen Generaldirektor der Europäischen Weltraumorganisation ESA, Johann-Dietrich Wörner, in Bern empfangen. Anlässlich dieses Arbeitsbesuchs betonten beide Seiten, wie gut die Zusammenarbeit der Schweiz und Luxemburg im Rahmen der Ko-Präsidentschaft der ESA funktioniert. Zudem unterzeichneten sie die Vereinbarung für die Organisation der nächsten ESA-Ministerratstagung, die im Dezember 2016 in Luzern stattfindet.

Seit 2012 hat die Schweiz zusammen mit Luxemburg das Ko-Präsidium der ESA auf Ministerebene inne. Der Bundesrat und der Generaldirektor haben über den

Stand der unter Schweizer Ko-Präsidentenschaft lancierten grösseren Programme, zum Beispiel Ariane 6, sowie über die Zukunft der ESA als treibende Kraft der europäischen Weltraumanstrengungen gesprochen.

Der ehemalige Vorstandsvorsitzende des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, Johann-Dietrich Wörner, hat die Leitung der ESA am 1. Juli 2015 übernommen und will die langjährige fruchtbare Zusammenarbeit mit der Schweiz fortsetzen und verstärken.

Weitere Informationen:
www.sbfi.admin.ch/raumfahrt



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra
Swiss Confederation

Innovative Smart Factory Networking Conference, 23. September 2015, ABB Research Center Baden-Dättwil

Im Rahmen der Swiss-Swedish Innovation Initiative SWII organisiert das SBFI – unter anderem in Zusammenarbeit mit dem Branchenverband Swissmem – eine Konferenz zum Thema Smart Factory / Industrie 4.0. Gastgeber ist das ABB Research Center in Baden-Dättwil.

Präsentationen von Schweizer und schwedischen Industrieunternehmen wie ABB, Hexagon und Saab sowie von KMU zeigen die aktuellen Entwicklungen und Heraus-

forderungen im Bereich der Automatisierung der Industrie auf. Anschliessend haben die Unternehmen und Forschenden die Möglichkeit, sich näher kennenzulernen und konkrete Zusammenarbeitsmöglichkeiten zu diskutieren.

Für weitere Informationen und das vollständige Programm: www.swii.org. Kurzfristige Anmeldungen: stefan.klauser@sbfi.admin.ch.

Blog: Die verschiedenen Aspekte von «Big Data» entdecken

Im Jahr 2014 hat das Netzwerk der Schweizer Wissenschaftsräte und der swissnex einen neuen Blog ins Leben gerufen: das Global Statement. Der Blog stützt sich auf das Wissen der in 19 Ländern tätigen Mitglieder des Netzwerks und soll dazu beitragen, die weltweiten Trends in der Hochschulbildung, der Forschung und der Innovation zu erkennen, zu analysieren und darüber zu berichten. Nachdem 2014 das Thema «Digital Education» behandelt wurde, liegt der Fokus 2015 auf dem Thema «Big Data». Es wird aufgezeigt, wie dieses Thema in den verschiedenen Ländern in die Forschungs- und Innovationspolitik einfliesst. Am 15. Dezember 2015 findet im Rahmen der Jahrestagung des Netzwerks eine öffentliche Debatte zu diesem Thema statt.

Blog : <http://www.swissnex.org/blog/>

Internationaler Berufsbildungskongress 2016



Vom 20. bis 22. Juni 2016 findet der zweite Internationale Berufsbildungskongress in Winterthur statt. Unter dem Titel «From Skills to Prosperity – Sharing Elements of Success» liegt der Fokus für die kommende Ausgabe auf dem Austausch von erfolgreichen Instrumenten und Praktiken in verschiedenen Berufsbildungssystemen und dem vertieften Einblick in internationale Kooperationsprojekte.

Das langfristige Ziel dieser Kongressreihe ist die Förderung eines offenen Dialogs und des Fachaustauschs zwischen internationalen und nationalen Akteuren im Bereich der internationalen Berufsbildungszusammenarbeit. Zudem bietet der Anlass die Gelegenheit, das duale Berufsbildungssystem der Schweiz vor Ort kennenzulernen.

Informationen und Anmeldungen
<http://www.vpet-congress.ch>

BFI | BILD DES MONATS



Zurück von den Berufs-Weltmeisterschaften in São Paulo, Brasilien: Gut 1000 Angehörige, Freunde, Arbeitskollegen und Fans begrüßten Mitte August 2015 das SwissSkills Team mit lautstarkem Jubel, viel Trichlengeläute und frenetischem Applaus im Fernsehstudio 1 von SRF in Zürich. 13 Medaillen (1x Gold, 7x Silber, 5x Bronze) und 22 Diplome haben die 40 jungen Berufsleute von den 43. WorldSkills mit nach Hause gebracht. Damit platzierte sich die Schweiz als beste europäische Nation. SwissSkills, die Stiftung zur Förderung der Berufsmeisterschaften, wird vom Bund finanziell unterstützt. Bild: SwissSkills

DIE ZAHL



Der in den 1960er Jahren einsetzende Wandel von «Eliteuniversitäten» zu «Hochschulen für breitere Schichten» sowie die rasante Entwicklung von Naturwissenschaft und Medizin machten eine finanzielle Beteiligung des Bundes an den kantonalen Universitäten unumgänglich. Das Parlament stimmte 1965 der entsprechenden Vorlage als Vorgänger des Hochschulförderungsgesetzes zu. Der Bundesrat benötigte fortan ein oberstes ständiges Konsultativorgan für alle Fragen der Hochschul- und Forschungspolitik. Er schuf sich dieses im gleichen Jahr mit dem Schweizerischen Wissenschaftsrat (SWR).

Aus dem SWR ist zwischenzeitlich der SWIR, der Schweizerische Wissenschafts- und Innovationsrat, geworden. Seine Aufgabe ist die gleiche geblieben: Er berät den Bund in allen Fragen der Wissenschafts-, Hochschul-, Forschungs- und Innovationspolitik. Ziel seiner Arbeit ist die kontinuierliche Optimierung der Rahmenbedingungen für die gedeihliche Entwicklung der Schweizer Bildungs-, Forschungs- und Innovationslandschaft. Als unabhängiges Beratungsorgan des Bundesrates nimmt der SWIR eine Langzeitperspektive auf das gesamte BFI-System ein. Der 15-köpfige Rat wird von Professor Dr. Astrid Epiney, Universität Fribourg, präsidiert. Die Geschäftsstelle findet sich, wie das SBFI, an der Einsteinstrasse 2 in Bern.

Weitere Informationen: www.swir.ch

Voranzeige – swissnex days 2015

Am Dienstag, 15. Dezember 2015, findet der jährliche swissnex Day in Fribourg statt. Im Zentrum steht das Thema Big Data in Wissenschaft und Innovation. Der Anlass versammelt BFI-Stakeholder aus der ganzen Schweiz und bietet die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch mit den swissnex Leiterinnen und Leitern sowie den Wissenschaftsrätinnen und -räten. Sie steht allen Interessierten offen (Platzzahl limitiert). Weitere Informationen ab Oktober auf www.swissnex.org.

Kontakt:
sebastien.Hug@sbfi.admin.ch

Folgen Sie uns auf Social media

